

Kreistagswahl 2004

Kreispolitische Ziele der Freien Wähler – Positionspapier

Allgemeine Zielsetzung	Konkrete Ausgestaltung
<p>Nachhaltigkeit und Perspektivität der Kreispolitik</p>	<p>Kreispolitik muss langfristig angelegt sein und dem Prinzip der Nachhaltigkeit dienen. Überfällig ist die Erarbeitung eines umfassenden Leitbilds durch Erstellung eines Grundsatzpapiers und einer daraus resultierenden Agenda durch Zusammenarbeit aller gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen. Hierzu gehören, Verwaltungsstrukturen, Finanzen, Bildung, Soziales, Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Landwirtschaft</p>
<p>Entwicklung einer Bürgergesellschaft</p>	<p>Die Zukunft eines demokratischen Staatwesens ist abhängig vom Grad der Identifikation der Bürgerschaft mit den erfahrbaren gesellschaftlichen Strukturen. Die Kommunen sind die Fundamente des demokratischen Staatwesens und müssen entsprechend politisch legitimiert und finanziell ausgestattet werden. Auf der Ebene des Landkreises und seiner Kommunen sollte deshalb eine entsprechende Konzeption erstellt und umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Vertrauens der Bürgerschaft in die Politik durch umfassenden Einbindung in Planungen und Vorhaben • Stärkung der Kommunen gegenüber anderen politischen Ebenen • Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung und der Gemeindefreiheit • Ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln und Einführung des Konnexitätsprinzip (Wer anschafft, bezahlt!) • Einführung der Direktwahl des Landrats in Baden-Württemberg wie in anderen Bundesländern • Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers in allen Bereichen (Reduzierung des Anspruchsdenkens, Förderung der Eigeninitiative und des ehrenamtlichen Engagements)
<p>Nachhaltig angelegte Finanzpolitik; die Grundsätze der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit sind strikt zu beachten</p>	<p>Der Landkreis muss einen Kassensturz machen, alle Vorhaben sind auf dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise neu bewerten und die Öffentlichkeit ist über die Lage umfassend zu informieren. Die konsumtiven Ausgaben sind zu Gunsten von Investitionen zu kürzen. Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt sind zur Deckung zu bringen. Vor Erhöhung der Kreisumlage sind alle Einsparpotentiale zu aktivieren und strukturelle Veränderungen zu prüfen. Die Bewertung von Investitionen muss nach Wirtschaftlichkeitskriterien wie sie in der Wirtschaft üblich sind erfolgen (dynamische Verfahren, Folgekostenabschätzung über die gesamte Nutzungsdauer); Das Subsidiaritätsprinzip ist strikt einzuhalten. Mischfinanzierungen sind zurückzunehmen.</p>
<p>Neue Partnerschaft zwischen Landkreis und Kommunen</p>	<p>Das Verhältnis zwischen Landkreis und Kommunen muss im Rahmen einer umfassenden Aufgaben- und Strukturdebatte neu definiert werden und dies gerade auch im Hinblick auf die anstehende Verwaltungsreform des Landes, bei der die finanziellen Risiken vom Land zu Lasten der Kommunen verlagert zu werden drohen. Aufgaben sollen dort erledigt werden, wo die beste Effizienz und die größte Bürgernähe erreicht werden kann. Statt einer Verwaltungscentralisierung ist unter Einsatz moderner Kommunikationstechnologien ein dezentrales Verwaltungsnetzwerk Ziel (z.B. Kfz-Anmeldung auf Gemeinden; Baugenehmigungen; Zuständigkeiten der unteren Verkehrsbehörde)</p>

<p>Stärkung des ländlichen Raums</p>	<p>Als Flächenlandkreis sollte der Landkreis dem Ziel der Stärkung des ländlichen Raums besonders verbunden sein. Deshalb sollte nachfolgend angestrebt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Verwaltungssektor Aufbau eines landkreisweiten Verwaltungsnetzwerks statt einer Zentralisierung in Freiburg • Ausbau und Optimierung des Öffentlichen Nahverkehrs • Unterhaltung eines leistungsfähigen Verkehrs- und Radwegenetzes • Stärkung regionaler Gewerbestrukturen • Sicherung einer flächendeckenden Landwirtschaft, einer nachhaltigen Forstwirtschaft und der Landschaftspflege
<p>Erarbeitung eines regionalen Energiekonzepts</p>	<p>Der Landkreis verfügt über eine Vielzahl von regionalen Energieressourcen (Biomasse, Wasser, Wind, Erdwärme). Konzeptionell sollte in regionaler Abstimmung ein Energiekonzept erstellt werden und die Umsetzung in öffentlichen Bereichen beispielhaft begonnen werden</p>
<p>Bildung als Zukunftsaufgabe</p>	<p>Erstellung eines regionalen Bildungskonzepts unter Beachtung der jetzigen Strukturen und der zukünftigen Erfordernisse. Erstellen eines Bildungsinvestitionsplans und Sicherung seiner Finanzierung.</p>
<p>Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung</p>	<p>Ausbau einer regionalen Wirtschaftsförderung unter dem Gesichtspunkt der Stärkung gewerblicher Strukturen in der Fläche. Erarbeitung eines regionalen Leitbildes für den Tourismus und daraus Ableitung konkreter Handlungskonzepte; Vermeidung singulärer Lösungen und Nutzung von Synergien.</p>
<p>Neuordnung des Sozialbereichs</p>	<p>Das System der sozialen Zuwendungen ist – soweit dies auf Grund der Rechtslage möglich ist- auf seine Effizienz und auf Umbaumöglichkeiten zu prüfen. Parallele Strukturen sind abzubauen und die Bezuschussung entsprechen zu konzentrieren (Beratungsdienste). Pauschalierungen sind Einzelfallverfahren vorzuziehen. Notwendig ist ein Qualitätsmanagement und eine langfristig-verlässliche Planung. Prävention hat Vorrang vor Reaktion (z.B. Drogenbereich)</p>
<p>Optimierung der Abfallentsorgung</p>	<p>Das Abfallentsorgungskonzept ist zu überarbeiten: Minimierung von Abfall durch Öffentlichkeitsarbeit und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit (Eigenkompostierung; eigene Grünschnittentsorgung, verursachergerechte Gebühren) Optimierung von Restmüllentsorgung und Entsorgung des Gelben Sacks durch Kooperation mit der DSD</p>